

Bildung oder Sozialpolitik?

Politische Prioritäten im Spiegel der öffentlichen Meinung

MARIUS R. BUSEMEYER

Prof. Dr., Professor für Politikwissenschaft,
Universität Konstanz

Gerade in Wahlkampfzeiten häufen sich die Forderungen nach mehr Investitionen in das Bildungswesen. Dennoch verharren die Bildungsausgaben in Deutschland im internationalen Vergleich auf einem unterdurchschnittlichen Niveau. In einem Forschungsprojekt an der Universität Konstanz wurde untersucht, wie robust die öffentliche Unterstützung für mehr Bildungsausgaben wirklich ist.

Neue Umfragedaten zu bildungspolitischen Prioritäten

Im Rahmen des Projekts »Investing in Education in Europe« (INVEDUC), das mit einem Starting Grant des European Research Council finanziert wird, wurde die Dynamik der öffentlichen Meinung zu bildungs- und sozialpolitischen Themen untersucht (zu weiteren Details vgl. BUSEMEYER u. a. 2017). Zu diesem Zweck wurde in Zusammenarbeit mit dem Meinungsforschungsinstitut TNS Infratest Sozialforschung eine repräsentative Meinungsumfrage in acht europäischen Ländern (Dänemark, Deutschland, Frankreich, Irland, Italien, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich) durchgeführt. In Deutschland liegen Daten für insgesamt 1.500 telefonisch Befragte vor, die per Zufallsprinzip ausgewählt wurden; zusammen mit den anderen Ländern umfasst die Gesamtstichprobe 8.905 Befragte. Unter anderem enthält die Umfrage einen Fragenblock, der die Unterstützung der Befragten für höhere öffentliche Bildungsausgaben erfasst. Dabei

werden die vier Bildungssektoren frühkindliche Bildung, allgemeinbildende Schule, Berufsausbildung und Hochschule separat abgefragt. Zudem wird auch das Ausmaß der Unterstützung für höhere Ausgaben in anderen Bereichen des Sozialstaats erfasst, wie zum Beispiel Ausgaben für das Gesundheitswesen, Altersrenten und Pensionen, Sozialhilfe für die Armen, finanzielle Unterstützung für Familien, Arbeitslosenunterstützung sowie Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsprogramme. Die Befragten wurden jeweils gebeten, sich für einen der genannten Bereiche zu entscheiden.

International hohe Unterstützung für mehr Investitionen in Berufsbildung

Fasst man die Ergebnisse über alle untersuchten acht europäischen Länder zusammen, liegt der Bereich der beruflichen Bildung – zusammen mit den allgemeinbildenden Schulen – vorne: Jeweils 63 Prozent der Befragten sprechen sich für »mehr« oder gar »viel mehr« Ausgaben in diesen beiden Bildungsbereichen aus. Deutlich niedriger fällt die Unterstützung für mehr öffentliche Investitionen in die frühkindliche Bildung sowie Universitäten und Hochschulen aus (jeweils 51 Prozent), auch wenn diese Bildungssektoren in öffentlichen Debatten häufig priorisiert werden. Werden die Befragten angehalten, nur *einen* der genannten Bildungsbereiche auszuwählen, sprechen sich zwar 41 Prozent für eine Fokussierung auf die allgemeinbildenden Schulen aus, aber immerhin – an zweiter Stelle – 28 Prozent für eine Konzentration der öffentlichen Ressourcen auf die berufliche Bildung.

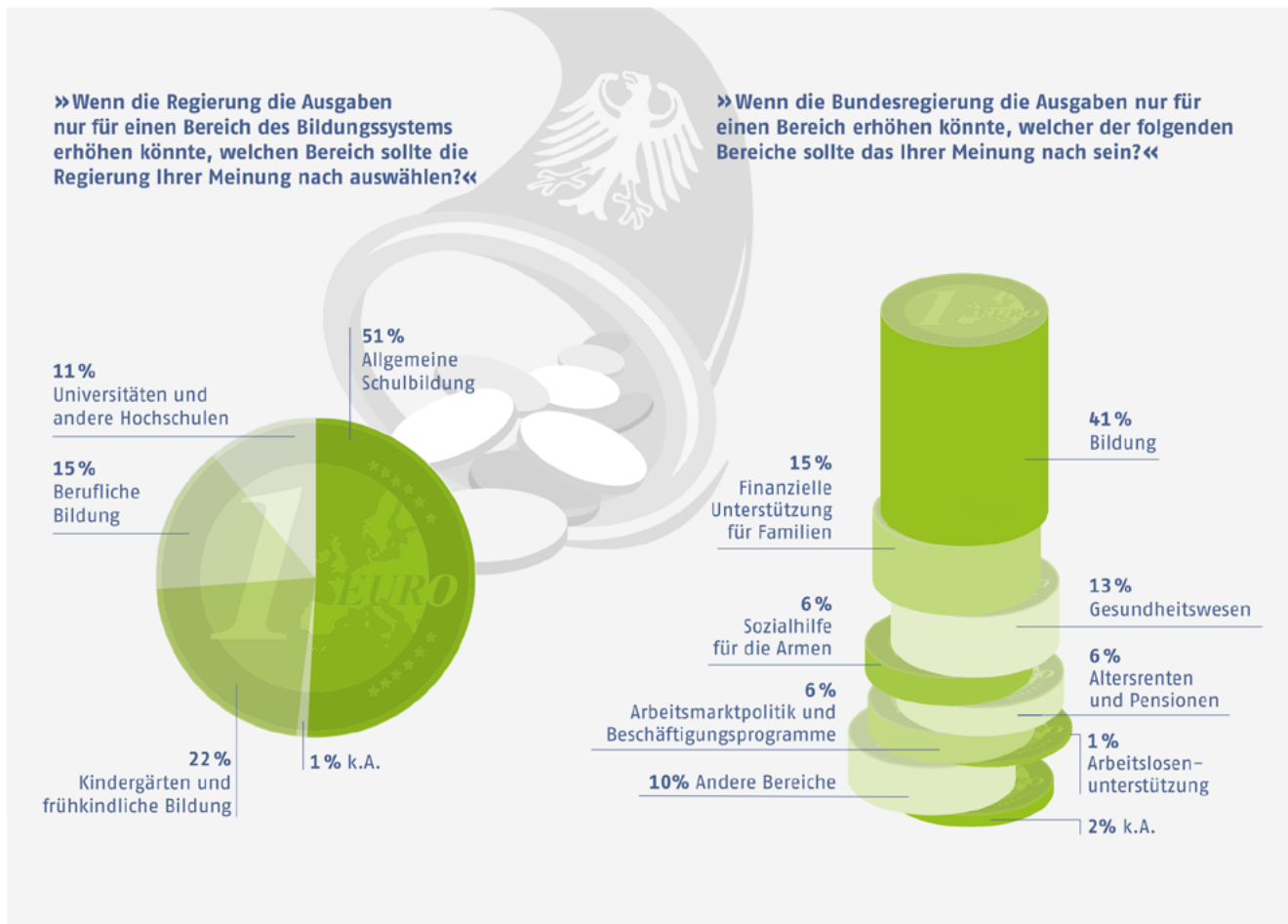
Betrachtet man die Daten nur für Deutschland (vgl. Abb.), stellt sich die Lage etwas anders dar: Hierzulande priorisiert eine klare Mehrheit die der beruflichen Bildung vorgelagerten Bildungsbereiche: 51 Prozent befürworten eine Konzentration zusätzlicher Ausgaben auf den Bereich der allgemeinbildenden Schulen gefolgt von 22 Prozent für die frühkindliche und vorschulische Bildung. Die berufliche Bildung landet im Ranking (mit 15 %) auf Platz drei vor der Hochschulbildung (11 %). Dies liegt möglicherweise daran, dass in der öffentlichen Wahrnehmung der Bereich der beruflichen Bildung in Deutschland bereits gut aufgestellt und ausgestattet ist. Offensichtlich wird im Bereich der allgemeinbildenden Schulen ein höherer Investitionsstau wahrgenommen.

Priorität für Bildungsausgaben in Deutschland

Der Wunsch, mehr in Bildung zu investieren, hält auch dem Vergleich mit anderen Politikbereichen stand (vgl. Abb.). So sind 41 Prozent der befragten Deutschen der Meinung, dass die Regierung zunächst in Bildung investieren sollte, wenn sie sich für einen der oben genannten Politikbereiche entscheiden müssen. Auf dem zweiten Platz folgen Ausgaben für Familienpolitik (15 %) dicht gefolgt von Ausgaben für die Gesundheitsvorsorge (13 %). Deutlich abgeschlagen liegen die Politikfelder Rente, Sozialhilfe für die Armen und Arbeitsmarktpolitik mit jeweils sechs Prozent. Die geringste Priorität wird dem Bereich der Arbeitslosenunterstützung mit gerade mal einem Prozent zugesprochen. Offensichtlich spielen bei diesen Zahlen die aktuellen wirtschaftlichen und poli-

Abbildung

Wunsch nach höheren öffentlichen Ausgaben in Deutschland – prioritäre Bildungsbereiche und Politikfelder (in Prozent)



tischen Hintergrundbedingungen eine wichtige Rolle. Da die Arbeitsmarktlage in Deutschland gegenwärtig vergleichsweise gut ist, sehen die Befragten wenig Notwendigkeit, in diesen Bereichen die öffentlichen Investitionen auszuweiten. Umgekehrt könnten Sorgen über die zunehmende soziale Ungleichheit erklären, warum insbesondere Investitionen in die Familien- und Sozialpolitik (Renten) als bedeutsamer erachtet werden.

Politische Implikationen

Die erhobenen Umfragedaten zeigen, dass die Bürger/-innen in Deutschland eine hohe Notwendigkeit erkennen, den Investitionsstau im Bildungsbereich abzubauen. Eine genauere Analyse der Daten mithilfe einer multivariaten logistischen Regressionsanalyse (vgl.

BUSEMEYER/GARRITZMANN 2017 sowie BUSEMEYER u. a. 2017) zeigt, dass gut Gebildete sowie Befragte, die sich mit einer linken politischen Ideologie identifizieren, tendenziell in stärkerem Maße für höhere Bildungsausgaben eintreten. Weniger Konfliktpotenzial zeigt sich hingegen, wenn nach Höhe des Einkommens und Alter differenziert wird. In weitergehenden Analysen (vgl. BUSEMEYER u. a. 2017, S. 13 ff.) zeigt sich zudem, dass die Bürger/-innen durchaus bereit sind, für höhere Bildungsausgaben höhere Steuern in Kauf zu nehmen. Nach den neuesten Zahlen der OECD für das Jahr 2013 liegt Deutschland mit öffentlichen Bildungsausgaben von 3,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 4,5 Prozent und weit hinter Spitzenreitern wie Dänemark mit

6,1 Prozent oder Norwegen mit 6,2 Prozent (vgl. OECD 2016, S. 207). Insofern bleibt zu hoffen, dass die bildungs- und finanzpolitischen Akteure in der neuen Legislaturperiode in diesem Punkt dem Trend der öffentlichen Meinung folgen werden. ◀

Literatur

BUSEMEYER, M. R. u. a.: Investing in Education in Europe: Evidence from a Survey of Public Opinion in Eight European Countries. In: Journal of European Social Policy (2017) – Online Advance Access: DOI: <https://doi.org/10.1177/0958928717700562>

BUSEMEYER, M. R.; GARRITZMANN, J.: Public Opinion on Policy and Budgetary Trade-Offs in European Welfare States: Evidence from a New Comparative Survey. In: Journal of European Public Policy 24 (2017) 6, S. 871–889

OECD: Education at a Glance 2016: OECD Indicators. Paris 2016